



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Regula Meschberger, SP-Fraktion: Auszahlung von Überzeit**
Autor/in: [Regula Meschberger](#)
Mitunterzeichnet von: --
Eingereicht am: 27. März 2014
Bemerkungen: Als dringlich eingereicht
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Am Samstag, 22. März 2014, schrieb die Basler Zeitung unter dem Titel "Baselbieter Regierung will Lohn-Skandal vertuschen", es seien an Kadermitarbeitende in den letzten drei Jahren mindestens CHF 400'000.- zu Unrecht Überzeitemtschädigungen ausbezahlt worden. Noch am gleichen Tag hat sich der Regierungsrat in einer Medienmitteilung gegen die Anschuldigungen gewehrt. In verschiedenen Medienberichten wird das Thema seither aufgegriffen, wobei Regierung und Kadermitarbeitende angegriffen werden.

Als Landrätinnen und Landräte tragen wir die Verantwortung für eine von Respekt und Vertrauen geprägte Personalpolitik mit. Es muss deshalb dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber Klarheit geschaffen werden, inwiefern die geäusserte Kritik berechtigt ist.

Wir fordern deshalb den Regierungsrat auf, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Um welche rechtlichen Grundlagen handelt es sich? Wie leitet sich die Auslegung in der Praxis durch die Regierung ab?
2. Wie begründet der Regierungsrat die getätigten Auszahlungen?
3. Wie wird in den personalrechtlichen Grundlagen des Kantons Überzeit definiert und wie ist die Abgrenzung gegenüber Mehrleistungen im Rahmen der gleitenden Arbeitszeit festgelegt?
4. Welche Praxis hat der Regierungsrat in diesem Zusammenhang bisher verfolgt?
5. Wie viele Mitarbeitende sind betroffen, und um welche Beträge handelt es sich?
6. In welchem Umfang wird beim Kanton jährlich Überzeitarbeit ohne Kompensation und ohne Abgeltung geleistet? In welchem Umfang werden jährlich Gleitzeitsaldi gestrichen und welchem Gegenwert entspricht dies?
7. In welcher Absicht hat der Regierungsrat eine Änderung der kritisierten Bestimmung in der Arbeitszeitverordnung per 1. April 2014 in Aussicht genommen?
8. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Vorwurf der Vertuschung?
9. Wie sieht der Regierungsrat das weitere Vorgehen?